

Neue Zürcher Zeitung

Der Regierungsrat unterstützt die Flughafen-Initiative

asü. · Die Zürcher Regierung äussert sich kritisch zur luftfahrtpolitischen Strategie des Bundes. Im aktualisierten Bericht über die Luftfahrtpolitik strebt der Bund vermehrten Einfluss auf die Landesflughäfen an (NZZ 8. 10. 15). Vorgeschlagen wird, dass der Bundesrat in der Sachplanung Leistungsziele vorgeben kann und die Bundesversammlung die Kompetenz erhält, Grundsatzentscheide zu den Landesflughäfen zu fällen. Der Zürcher Regierungsrat ist mit dieser Stossrichtung nicht einverstanden, wie er am Dienstag mitgeteilt hat. Nicht hinnehmbar sei auch, dass zusätzliche Sicherheitskosten auf die Standortkantone abgewälzt werden sollen.

Positiv steht der Regierungsrat dagegen der kantonalen Volksinitiative «Pistenausbauten vors Volk» des Komitees Pro Flughafen gegenüber. Er befürwortet, dass in jedem Fall das Volk das letzte Wort hat, wenn die Flughafen Zürich AG das Pistensystem ausbauen will. In der Initiative wird verlangt, dass

nicht nur zustimmende, sondern auch ablehnende Entscheide des Kantonsrats zu Ausbauvorhaben am Flughafen Zürich referendumsfähig sind. Für die Regierung ist das sinnvoll und verhältnismässig.

Mit der Initiative zielt das Komitee konkret auf Verlängerungen der Pisten 28 und 32, die der Kantonsrat noch in der Zusammensetzung der letzten Legislatur ablehnte. Um Kapazitätsverluste zu vermeiden, wäre der Ausbau aber nötig, sollte der Staatsvertrag mit Deutschland doch noch umgesetzt werden oder würde das Ostkonzept mit Landungen aus dem Osten aus anderen Gründen verstärkt angewendet.

Für das Komitee Weltoffenes Zürich öffnet die Position der Regierung den Weg zur Beseitigung eines Systemfehlers im Flughafengesetz. Bei dessen Schaffung im Zusammenhang mit der Verselbständigung des Flughafens sei übersehen worden, dass die Bevölkerung ein Ja des Kantonsrates zwar um-

stossen könne, zu einem Nein aber nichts zu sagen habe. Christian Bretscher, Geschäftsführer des Komitees Pro Flughafen, bezeichnet den Entscheid des Regierungsrats als Etappensieg. Bisher sei jeder Entwicklungsschritt des Flughafens mit der Zustimmung der Bevölkerung erfolgt. Das solle so bleiben.

Für die Grünen dagegen will der Regierungsrat seine Strategie «Teile und herrsche» nun im Flughafengesetz verankern. Heuchlerisch werde auf die Breitenwirkung von allfälligen Pistenveränderungen verwiesen. Da aber nur eine Minderheit übermässig belastet werde, könnten die Betroffenen gegeneinander ausgespielt werden. Die GLP kritisiert, dass das Referendumsrecht als Vetorecht des Volkes arg strapaziert werde. Die Regierung unterstütze Partikularinteressen, was ihrer Glaubwürdigkeit schade. Der Verein Bürgerprotest Fluglärm Ost bezeichnet die Haltung der Regierung als Günstlingspolitik.